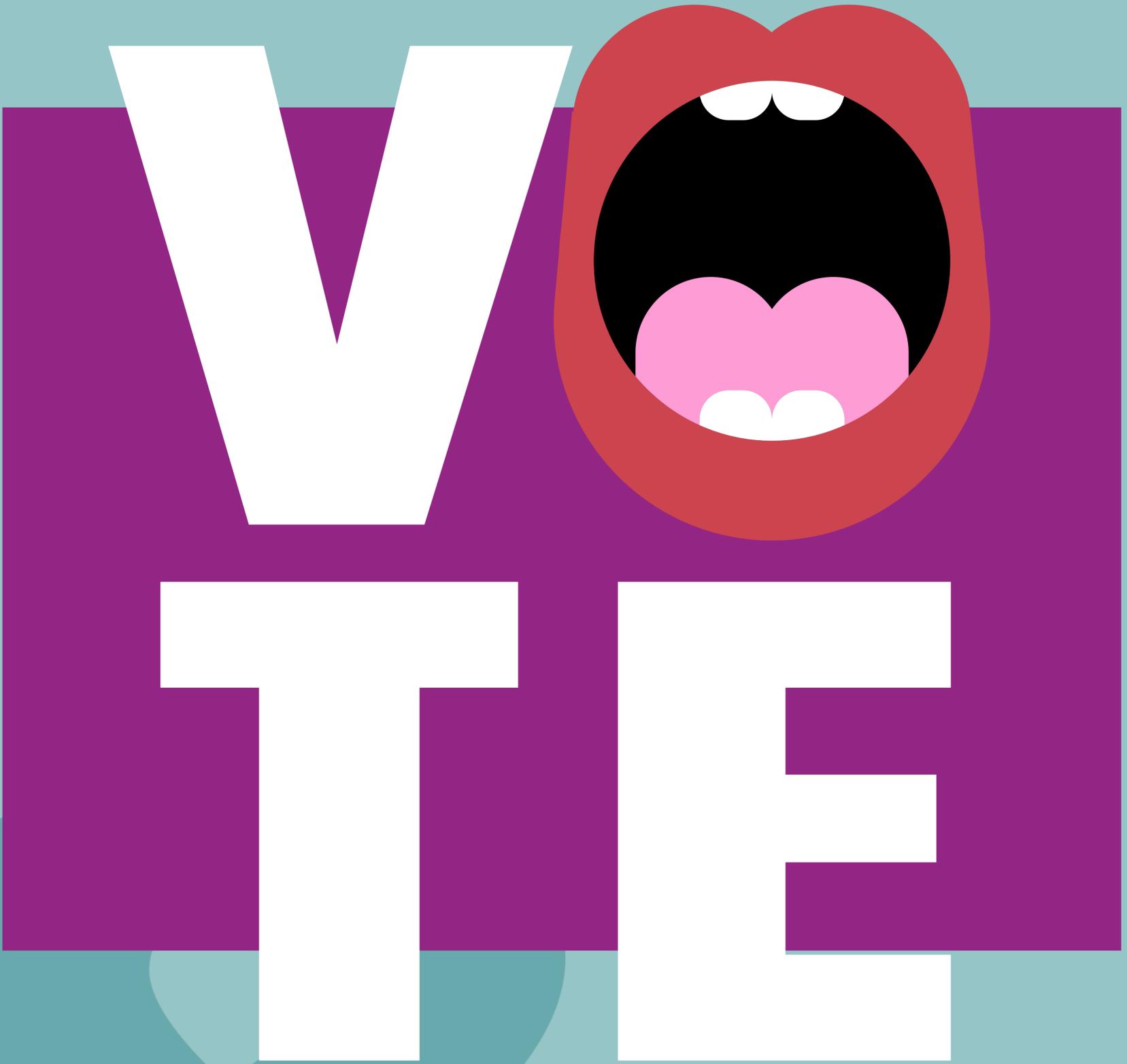




LANDTAGSWAHL



IN SACHSEN 2024

**unser Jugendscan des
Wahlprogramms der
LINKE...**



Vom Sinn und Unsinn der Jugendscans der Wahlprogramme verschiedener Parteien...

Sogenannte Jugendscans sind gern genutzte Tools der Lobbyarbeit wie auch der politischen Bildung. Sie dienen als einen schnellen und zielgerichteten Überblick über die Positionen der Parteien zu (uns) wichtigen Themen.

Der KJRS e.V. nutzt dafür einerseits Schlagworte, die dem Arbeitsbereich der Jugend(verbands-)arbeit als auch den aktuell größten Sorgen junger Menschen nach der Trendstudie Jugend in Deutschland 2024 nahe stehen. So ergeben sich Ableitungen für das eigene Arbeitsfeld und dessen Fachkräfte als auch für junge Menschen an sich. Darüber hinaus wurde darauf geachtet, Doppelungen zu vermeiden sowie lediglich für unseren Arbeitsbereich relevante Sinnabschnitte und Schlagworte abzubilden. Manchmal wurden andere sinngemäße Schlagworte unter einem Schlagwort zusammengefasst (bspw. Engagement unter Ehrenamt, Mobilität unter ÖPNV usw.).

Insgesamt bieten Jugendscans eine wertvolle Hilfestellung, haben jedoch Grenzen in Bezug auf Tiefe, Kontext und Selektivität. Sie sollten daher als ergänzendes Werkzeug genutzt werden und nicht als alleinige Informationsquelle. Beispielsweise kann durch das Herausfiltern von Schlagworten der Zusammenhang verloren gehen. Das kann zu einer verzerrten Darstellung der Parteipositionen führen (Kontextverlust). Dazu beeinflusst die Auswahl der Schlagworte, welche Themen und Aspekte betont werden. Ebenso sind Wahlprogramme oft unverbindlich. Parteien und Kandidat*innen sind nicht verpflichtet, sich nach der Wahl an ihre Aussagen zu halten. Stichwort: Wahlkampf. Wir empfehlen daher, bei Irritationen und Fragen direkt ins Wahlprogramm zu schauen und sich im Kollegen- oder Freundeskreis darüber auszutauschen. Seitenzahlen sind entsprechend beigefügt.

Dir fehlen (jugendpolitische) Argumente gegen jeden Rechtspopulismus? Wir haben und vertreten sie! Hole dir kostenfrei unsere “Gegenrede” Broschüre.



Wahlprogramm der Linken Sachsen zur Landtagswahl 2024 in Sachsen

Nachzulesen unter: https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2024/05/LV-SN_LTW-2024_Langwahlprogramm_v3_SCREEN.pdf

Anzahl folgender Schlagworte:

- 154x Kind
- 133x Jugend + junge Menschen
- 12x Jugendarbeit
- 1x Jugendverband
- 19x Ehrenamt
- 0x JuLeiCa

Schlagwortsuche allgemein (alphabetisch)

#Beteiligung

Der nötige Strukturwandel in den sächsischen Kohleregionen kann nur gelingen, wenn die Zivilgesellschaft beteiligt wird. Denn die Menschen vor Ort wissen selbst am besten, was gut für ihre Region ist und wie sie die Zukunft gestalten wollen. Ohne vorherige Beteiligung der Bürger:innen darf keinem Strukturwandelprojekt mehr eine Förderung zugesagt werden! [...]

Aus diesem Grund fordern wir einen Neustart im Strukturwandel – vor allem in drei Punkten: Wir möchten ihn strategisch stärker auf Nachhaltigkeit ausrichten, die Beteiligung der Menschen verbessern und die Förderung auf die kernbetroffenen Regionen konzentrieren. (S. 18-19)

Wir entwickeln ein Beteiligungskonzept für Kinder und Jugendliche, weil wir finden, dass die zukünftigen Generationen ein Recht darauf haben, ihre Region mitzugestalten. Wir wollen, dass in den künftigen Förderperioden ab 2027 für jedes Revier ein Mindestanteil bei den Strukturwandelprojekten vorgeschrieben wird, der maßgeblich von oder wenigstens mit Kindern und Jugendlichen entwickelt wird. (S. 19)

Wir wollen, dass alle sächsischen Kommunen bis 2030 klimaneutral werden. Dafür benötigen wir verpflichtende Konzepte zur Verringerung des Energieverbrauchs, ökologisch nachhaltige Haushaltsplanung (Green Budgeting) sowie die offene Beteiligung der Bürger:innen durch Klimaräte. (S. 34)



Bei der kommunalen Jugendhilfeplanung muss umgedacht werden. Sie ist fachlich zu begleiten und zu prüfen. Vor allem aber müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, die folgerichtig unter deren Beteiligung ermittelt werden müssen, am Anfang aller Planungen stehen, statt die Leistungen nach der aktuellen Kassenlage zu bemessen. (S. 44)

Sachsen braucht ein reformiertes, für die Zukunft taugliches Landesjugendhilfegesetz. Es muss die 2021 auf Bundesebene erfolgte Änderung des SGB VIII und das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz berücksichtigen. Wir setzen uns für einen breiten Beteiligungsprozess bei der Gesetzesnovelle ein, wie er vorbildhaft in Brandenburg durchgeführt wurde. Dabei müssen öffentliche und freie Träger, die Wissenschaft, die Verbände, aber besonders auch die Kinder und Jugendlichen selbst eingebunden werden. Wir wollen von den jungen Menschen wissen, wie sie sich ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen vorstellen und was sie von einem Gesetz erwarten, das sich mit ihnen und ihrem unmittelbaren Lebensumfeld beschäftigt. (S. 45)

Die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird durch zahlreiche Barrieren erschwert. So ist es für sie im ländlichen Raum oft schon schwer möglich, das aktive Wahlrecht auszuüben – nur wenige Wahllokale sind barrierefrei. Das muss sich ändern! Die Bereitstellung und Nutzung barrierefreier Wahllokale in den Kommunen muss gesetzlich vorgeschrieben und deren Einrichtung durch das Land finanziell unterstützt werden. Politische Information und Bildung sollten deshalb barrierefrei und in Leichter Sprache zugänglich sein. (S. 72)

Damit Bürger:innen sich erfolgreich beteiligen können, benötigen sie Instrumente, um die Politik verbindlich zum Dialog aufzufordern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die Bürger:innenmitbestimmung ausgebaut und gefördert wird. Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte marginalisierter Gruppen sollen gesichert werden. Wir dringen auf die Einführung öffentlicher Petitionen, bei denen es für die Petent:innen einen Anspruch auf eine öffentliche Anhörung gibt, wenn ein bestimmtes Quorum erfüllt ist. Ebenso brauchen wir eine dauerhafte Beratungsstelle für Bürger:innenbeteiligung. (S. 72)

eigener Abschnitt: Kinder- und Jugendmitbestimmung (S. 76 ff.)

Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Daher ist Mitbestimmung und Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von größter Bedeutung. Kinder und Jugendliche streben danach, aktiv teilzunehmen und tatsächlich Einfluss auf Entscheidungen zu haben, die sie betreffen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention umgesetzt wird. Es geht nicht nur um Räume zur freien Entfaltung, sondern um echte Mitbestimmung: Wir müssen Kindern und Jugendlichen vertrauen und ihnen zutrauen, dass sie sich gesellschaftlich einbringen können. Diesem Engagement müssen wir einen institutionellen Rahmen geben, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, ihre eigenen politischen Interessen zu vertreten.

Da sich Demokratie aber nicht in einem Urnengang alle paar Jahre erschöpft, setzen wir uns für mehr Jugendbeteiligung durch Jugendbeteiligungsforen ein – sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene. Daher setzen wir uns auf Landesebene auch für eine „Gesamtstrategie Kinder- und Jugendbeteiligung“ ein, da Beteiligung an allen Orten des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen praktisch gelebt werden muss. Die Jugendbeteiligungsforen sollen ein regelmäßig stattfindendes Angebot sein, bei dem junge Menschen einer Gemeinde nach Belieben mitmachen können, um im Austausch miteinander, ihren Interessen und Bedürfnissen entsprechend, eigene Projekte zu realisieren. Jugendbeteiligungsforen sollen jungen Menschen dazu dienen, ihre Interessen zu artikulieren und einen politischen Willen zu bilden. Die Politik und Verwaltung der jeweiligen Ebenen müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit diese Jugendforen funktionieren. Sie müssen den Jugendlichen die Räume für ihre Treffen bereitstellen und sie bei Bedarf in organisatorischen Fragen beraten. Sie sollen aber nicht bevormunden und den inhaltlichen oder methodischen Rahmen vorgeben. Die Jugendforen müssen sowohl Rede- als auch Antragsrecht im Parlament bzw. Gremium der entsprechenden Ebene haben. Zusätzlich werden die Jugendforen mit einem eigenen Budget ausgestattet, über das die Jugendlichen für die Umsetzung ihrer Projekte frei verfügen können. Parallel bleiben Angebote der politischen und demokratischen Bildung wichtig, auch an Schulen.

Kinder und Jugendliche können sich noch nicht vollständig selbst vertreten, daher braucht es eine Politik, die die Interessen und Bedürfnisse der Jüngeren in den Blick nimmt. Außerdem sind Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Entscheidungen in geeigneter Weise wirksam zu beteiligen, insbesondere in kommunalen Gremien wie Orts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten. Dafür muss insbesondere im Paragraph 47a der Sächsischen Gemeindeordnung wie in Schleswig-Holstein die verpflichtende Kinder- und Jugendbeteiligung vorgeschrieben werden und nach Baden-Württembergischen Vorbild die Einrichtung von Beteiligungsgremien bei den Kindern und Jugendlichen selbst liegen.

Kinder und Jugendliche werden als Träger:innen eigener Rechte in der politischen und gesellschaftlicher Realität oft ignoriert, ihre Interessen dabei missachtet. Deswegen soll sich Sachsen auf Bundesebene dafür einsetzen, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen – mit einer Regelung, die die Rechte von Kindern tatsächlich stärkt und nicht hinter den Status quo zurückfallen lässt. Das gilt auch für die Integration von Kinderrechten in die sächsische Verfassung. Die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz und in der sächsischen Verfassung darf nicht bloß ein symbolischer Akt sein. Er muss die regierende Politik dazu verpflichten, die spezifischen Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Als ersten Schritt dafür wollen wir wie in Thüringen einen Jugendcheck für Gesetzesvorhaben einführen. Wir kämpfen dafür, dass auch Kindern mit besonderen Förder- bzw. Inklusionsbedürfnissen das Recht auf Teilhabe und das Recht auf gutes Aufwachsen garantiert wird.

Die EU scheint den Menschen oft sehr weit entfernt. Viele glauben, sie hätten sowieso keinen

Einfluss. Eine Mehrheit wünscht sich aber mehr Beteiligung in der Europäischen Union. Die Linke schlägt eine Reihe von Maßnahmen vor, um die politische Mitwirkung zu verbessern und Europa vor Ort erlebbar zu machen. So fordern wir ein bürger:innennahes Beteiligungskonzept.

Bürger:innenräte zu verschiedenen europapolitischen Themen würden die Arbeit der Europäischen Union verständlicher machen und dafür sorgen, dass sie besser akzeptiert wird. Zugleich böten sie den Menschen in Sachsen eine Möglichkeit, an europäischen Entscheidungen mitzuwirken. (S.94)

#Demokratie

eigenes Kapitel: Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt (S. 69 ff.)

Die Demonstrationen für die Demokratie und gegen ihre rechten Feinde, die in Deutschland und auch in Sachsen in diesem Jahr Hunderttausende auf die Straße gebracht haben, machen uns Mut. Aber es reicht nicht, wenn die Regierenden die Demokratie immerzu nur in ihren Sonntagsreden beschwören. Um die Demokratie zu erhalten, müssen wir sie verbessern. Die Regierenden müssen endlich damit aufhören, vor den Forderungen der Demokratiefeinde von rechts einzuknicken. Ein aktiver Staat muss den Menschen die Existenzängste nehmen, die manche anfällig für rechten Populismus machen. Wir müssen in Sachsen die politische Bildung und die Erziehung zur Demokratie stärken und den Menschen endlich mehr Möglichkeiten für direkte Demokratie und bürgerschaftliche Beteiligung verschaffen. Wer die Gesellschaft selbstwirksam verändern kann, sehnt sich nicht mehr nach dem starken Mann.

Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leicht gemacht wird, sich einzubringen und mitzuentcheiden. Wir wollen das Quorum für Volksanträge auf 20.000 Unterschriften und das für Volksbegehren auf fünf Prozent der Bevölkerung reduzieren. Auch in Landkreisen, Städten und Gemeinden müssen die entsprechenden Quoren für Anträge, Begehren und Entscheide aus der Bevölkerung weiter gesenkt werden. Wir kämpfen weiter dafür, ein modernes Petitionsgesetz einzuführen, das es den Menschen in Sachsen erleichtert, sich mit ihren Problemen an den Landtag zu wenden. Mit einem rechtssicheren Parité-Gesetz streben wir eine geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente an.

Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention umgesetzt wird. Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss auf 16 Jahre gesenkt werden! Wir wollen Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung festschreiben. Die Kinder- und Jugendhilfe, die demokratische Jugendarbeit und die Jugendbildung wollen wir stärken. Wir wollen einen „Kinder- und Familienfreitag“ am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen.

eigener Abschnitt: direkte Demokratie, Bürger:innenbeteiligung und Transparenz (S. 71 ff.)

Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich



einzubringen und mitzuentcheiden, aber Sachsen hat deutschlandweit die höchste Hürde bei der Volksgesetzgebung. Würde die Mindestbeteiligung (Quorum) reduziert, die für Volksanträge und Volksbegehren nötig ist, könnten diese demokratischen Möglichkeiten viel häufiger genutzt werden. Für Die Linke ist daher die Halbierung des Quorums auf 20.000 Unterschriften für einen Volksantrag ein folgerichtiger Schritt. Im nächsten Schritt muss das Unterschriftenquorum für das Volksbegehren auf fünf Prozent reduziert werden, bezogen auf die bei der letzten Landtagswahl Wahlberechtigten. Um die direktdemokratischen Verfahren zu verbessern, treten wir für weitere Maßnahmen ein: So kann ein Volksantrag neben einem Gesetz auch einen allgemeinen Gegenstand der politischen Willensbildung zum Gegenstand haben. Außerdem sollen Volksbegehren früh auf ihre Zulässigkeit geprüft werden. Das zuständige Ministerium soll eine kostenlose Beratung zum Start der Sammlung anbieten. Abstimmungsbroschüren sollen eingeführt und den Initiativen ein Rede- und Anhörungsrecht eingeräumt werden. Es muss auch möglich sein, Volksinitiativen außerhalb der Gesetzgebung durchzuführen.

Auch im Bereich der kommunalen Angelegenheiten wollen wir, dass mehr Menschen teilhaben können. Dafür ist es entscheidend, die Quoren für Einwohner:innenanträge, Bürger:innenbegehren und Bürger:innenentscheide in Landkreisen, Städten und Gemeinden und damit die Hürden für unmittelbare Beteiligung weiter zu senken und kommunalen Interessengruppen mehr Entscheidungsbefugnis zu geben.

Für Die Linke trägt ein modernes Petitionswesen zu einer lebendigen Demokratie bei. Petitionen bieten die Möglichkeit, sich direkt am demokratischen Prozess zu beteiligen und Vorschläge einzubringen. Dazu muss der Einfluss der Bürger:innen allerdings wahrnehmbar sein. Das sächsische Petitionsrecht genügt diesem Anspruch nicht. Das geltende Sächsische Petitionsausschussgesetz wollen wir durch ein modernes Petitionsgesetz ablösen. Die Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat dazu bereits per Gesetzentwurf Vorschläge unterbreitet. So muss das Petitionsrecht allen offenstehen: Deshalb sollen Petitionen auch in Brailleschrift, mündlich oder gebärdensprachlich eingereicht werden können, wie in Hessen oder Thüringen. Der Landtag muss Online-Petitionen ermöglichen, wie es der Bundestag schon 2005 getan hat. Eine öffentliche Online-Petitionsplattform soll Debatten ermöglichen. Den Schutz personenbezogener Daten wollen wir so regeln wie das Verfahren zu Massen- und Sammelpetitionen. Zudem schlagen wir vor, dass die Staatsregierung vier Wochen, nachdem eine Petition eingereicht wurde, Stellung nehmen muss, in Eilfällen binnen sieben Tagen. Sie muss außerdem den Landtag innerhalb von sechs Wochen schriftlich darüber informieren, was sie veranlasst hat. Nicht zuletzt soll der Petitionsausschuss finanzielle Mittel für einen Härtefallfonds erhalten. Damit soll er Petent:innen direkt helfen können, die unverschuldet in eine besondere wirtschaftliche Notlage geraten sind.

Wir wollen ein Landesgesetz zur Demokratieförderung, das das Demokratie-Zentrum weiterentwickelt und die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Initiativen sichert. (S. 74)



Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Dies gilt auch für Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität. Deshalb setzen wir uns auch queerpolitisch für eine zielgerichtete und umfassende Politik gegen Diskriminierung ein.

Antidiskriminierungsbüros wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ausbauen und zudem spezifische Angebote wie queere Wohngruppen oder autonome MINTA*- und FLINTA*-Häuser schaffen. Vereine und freie Träger, die in diesem Bereich tätig sind, wollen wir finanziell besser ausstatten, damit sie mehr Personal einsetzen können. Die Vernetzungs- und Demokratietarbeit der queeren Vereine wollen wir in Förderrichtlinien verankern. (S. 75)

#Ehrenamt #Engagement

Ehrenamtlich Engagierte, etwa in Freiwilligen Feuerwehren, sollen durch Bildungsurlaub und Rentenpunkte für ihre Arbeit belohnt werden. (S. 31)

Sie [die Hilfe zum Bevölkerungsschutz] darf nicht davon abhängig sein, wie reich eine Kommune ist, wo sie sich befindet oder wie viel Zeit ehrenamtliche Helfer:innen zur Verfügung haben. Wir setzen uns für die Öffnung insbesondere der Freiwilligen Feuerwehren für FLINTA* Personen (Frauen, lesbisch, inter, nicht-binär, trans, agender) ein. (S. 51)

Um die Menschen in Sachsen resilient zu machen, ist Aufklärung und Bildung, die Förderung von Eigenvorsorge und die Unterstützung zur aktiven Teilnahme am Ehrenamt im Bevölkerungsschutz nötig. (S. 52)

Auf kommunaler Ebene sollen flächendeckend Inklusionsbeauftragte hauptamtlich berufen und das Aufgabenprofil der bisher tätigen Behindertenbeauftragten entsprechend erweitert werden. Parallel sollen auf dieser Ebene ehrenamtliche Inklusionsbeiräte tätig werden, die vor allem mit Menschen mit Behinderungen besetzt werden. (S. 72)

eigener Abschnitt: Zivilgesellschaftliches Engagement und Antifaschismus (S. 73 ff.) (Da sich der Abschnitt verstärkt dem Antifaschismus sowie dem Umgang mit rechts(-extremen) Akteuren widmet, werden seine Inhalte an dieser Stelle nicht dezidiert ausgeführt.)

Die Demokratie lebt von einer engagierten, aktiven Zivilgesellschaft. Wer von Anfang an zivilgesellschaftliches Engagement unterstützt, legt die besten Grundlagen auch für Demokratiebildung und Demokratieförderung. Deswegen wollen wir den Jugendfreiwilligendienst aufwerten, indem sein Taschengeld erhöht wird. Alle Kürzungsvorhaben im Bereich der Freiwilligendienste lehnen wir ab, stattdessen müssen sie finanziell besser ausgestattet werden. (S.77)

Das Sportwesen würde ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Hier ist im Sinne des Gesetzes zur Förderung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements viel mehr Unterstützung nötig. Für die

ehrenamtlich Tätigen wollen wir einen Anspruch auf Bildungsurlaub einführen, die Ehrenamtszuschale leichter zugänglich machen und ihre Arbeit durch Rentenpunkte belohnen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Qualifizierung von Übungsleiter:innen für die Sportvereine besser gefördert wird, so u.a. durch Freistellungen und finanzielle Unterstützung. Bei der Ausbildung der Übungsleiter:innen wollen wir darauf achten, dass sie auch in die Lage versetzt werden, gegen antidemokratisches Verhalten und Diskriminierung vorzugehen. Wir sprechen uns für demokratische und solidarische Vereinsstrukturen aus. (S. 89)

#informelle / außerschulische / politische Bildung / Bildungsarbeit

Wir möchten allen jungen Menschen die Chance geben, ihre Persönlichkeit und ihre Talente zu entfalten. Für uns ist die soziale, kulturelle und politische Bildung nicht weniger wichtig als die technische und naturwissenschaftliche. Nur aufgeklärte und mündige Menschen werden den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens in der Zukunft sichern und zugleich für eine demokratische, weltoffene Kultur im Land streiten. (S. 55)

Wir wollen politische Bildung und Demokratieförderprojekte schulisch sowie außerschulisch fördern. (S. 56)

Wir setzen uns auch dafür ein, dass das informelle Lernen und non-formale Bildungsangebote anerkannt und gefördert werden, also lebenslange Bildung außerhalb der Institutionen in Alltag und Freizeit. (S. 63)

Die durch nichts zu rechtfertigende Lohnlücke zwischen Frauen und Männern muss geschlossen werden. Wir werden eine umfassende geschlechtersensible Bildungsarbeit auf allen Ebenen etablieren. (S. 68)

Zur Koordination von Maßnahmen und zur fachlichen Begleitung und Vernetzung der Akteur:innen und Verbände soll in enger Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung eine Fachstelle „Politische Bildung inklusiv“ etabliert werden, in der Expertise gebündelt, Wissen barrierefrei zur Verfügung gestellt wird und Menschen mit Behinderungen auch aktiv zur politischen Beteiligung motiviert werden können. (S. 72)

Die offene Jugendarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Gesellschaft. Deshalb ist für uns vor allem die Förderung der demokratischen Jugendarbeit und Jugendbildung ein wesentlicher Punkt. Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Mitarbeitenden müssen hier deutlich verbessert werden. Zudem fordern wir die Stärkung der selbstverwalteten Jugendhäuser und autonomen Jugendzentren (AJZ). (S. 77)

#Jugend #junge Menschen

eigener Abschnitt: Kinder und Jugend (S.43 ff.)

Kinder und Jugendliche benötigen Unterstützung und die Anerkennung unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Kinder und Jugendlichen ihre Potenziale voll ausschöpfen und ihr Leben selbstbestimmt und selbstwirksam gestalten können. Wir kämpfen für Kinder- und Jugendgerechtigkeit und eine Politik, die aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen denkt. Politik für junge Menschen ist keine Nebensache, sondern eine Grundvoraussetzung, um denen, die in Zukunft unsere Gesellschaft gestalten werden, die bestmöglichen Startbedingungen zu bieten. Deshalb kämpfen wir entschieden dagegen, die Mittel für Jugendangebote zu kürzen und Jugendliche aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Jugendverbände, Jugendclubs, soziokulturelle Zentren und Vereinshäuser sind wichtige Orte, die wir so ausstatten wollen, dass sie ihre Aufgaben gut erfüllen können. Wir kämpfen für ein modernes sächsisches Landesjugendhilfegesetz. Es muss den Anforderungen an eine inklusive Jugendhilfe und den unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen gerecht werden.

Wir wollen die Jugendhilfe und Jugendarbeit stärken! Die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Jugendarbeit sind für junge Menschen unverzichtbar auf dem Weg des Erwachsenwerdens. Sie sind gesetzliche Pflichtaufgaben, gelten aber vielen Amtsträger:innen als vermeintlich „freiwillige“ Leistungen. So werden sie wegen der vielerorts desaströsen kommunalen Haushaltslage ausgedünnt und abgebaut. Das müssen wir im Interesse der kommenden Generation verhindern. Wir setzen uns für eine deutlich höhere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe ein. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere die Jugendarbeit nach §11-14 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) sind kommunale Pflichtaufgaben und müssen als solche anerkannt und flächendeckend abgesichert werden.

Bei der kommunalen Jugendhilfeplanung muss umgedacht werden. Sie ist fachlich zu begleiten und zu prüfen. Vor allem aber müssen die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen, die folgerichtig unter deren Beteiligung ermittelt werden müssen, am Anfang aller Planungen stehen, statt die Leistungen nach der aktuellen Kassenlage zu bemessen. Die verfehlte Sparpolitik der sächsischen Landesregierung darf Kommunen nicht dazu zwingen, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu streichen. Jeder junge Mensch hat das gleiche Recht auf einen Zugang zu Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe in seiner Nähe und nach seinen Bedürfnissen.

Wir wollen die Jugendpauschale erhöhen und jährlich an die Entwicklung von Personal- und Sachkosten anpassen. Wir setzen uns entschieden gegen jegliche Kürzungsvorhaben bei den Geldern für die Jugendarbeit ein. Auch soll die Jugendpauschale an konkrete fachlich-inhaltliche Kriterien wie einen Mindestpersonalschlüssel, Mindestangebote sowie daran gebunden werden, dass ein angemessener Anteil der Mittel für Jugendarbeit verwendet wird. Darüber hinaus müssen die Mittel für Jugendarbeit nach § 11 und 12 SGB VIII deutlich erhöht werden. Es soll sichergestellt werden, dass ein angemessener Anteil der Mittel aus der Jugendpauschale für Jugendarbeit nach §11 SGB VIII verwendet wird. Wir wollen die Förderrichtlinie Jugendpauschale in Zusammenarbeit

mit den Trägern weiterentwickeln.

Die Arbeitsbedingungen in der Kinder- und Jugendhilfe müssen dringend verbessert werden, um dieses Arbeitsgebiet für Fachkräfte attraktiv zu machen. Ein sicherer, unbefristeter, tariflich gebundener Arbeitsplatz muss der Normalfall sein. In stationären Einrichtungen muss mehr Personal zur Verfügung stehen, damit die Zahl der Fälle pro Sozialarbeiter:in verringert werden kann. Um den Fachkräftebedarf in der Sozialen Arbeit und in der Kinder- und Jugendhilfe zu decken, müssen die Ausbildungskapazitäten an sächsischen Hochschulen sowie in der Erzieher:innenausbildung erweitert werden. Außerdem wollen wir die Ausbildung kostenfrei machen und bezuschussen. Um den Einstieg in den Beruf zu erleichtern, setzen wir uns für eine bessere Begleitung und Betreuung der Absolvent:innen ein.

Wir wenden uns nachdrücklich gegen eine Verdrängung von Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum. Stattdessen wollen wir mehr freie, öffentliche und möglichst selbstbestimmte Räume schaffen, in denen Jugendliche ihren Interessen nachgehen und sich mit Gleichaltrigen treffen können. Keine Jugendkultur ist illegal! Ob Sport, Kunst, Fußball im Verein, Skateboarden oder Graffiti – wir lehnen es ab, bestimmte Formen der Freizeitgestaltung oder bestimmte Jugendkulturen in Spießermanier als „störend“, „unordentlich“ oder als „Vandalismus“ zu denunzieren.

Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind bei allen politischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere auch planerische und bauliche Entscheidungen. Wir setzen uns für mehr öffentliche Spielplätze, Sport- und Calisthenics-Plätze, legale Graffiti-Wände und Skate-Anlagen ein. Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist es für uns, allen Kindern und Jugendlichen in Sachsen kostenlos Mittagessen in Kita und Schule, den öffentlichen Nahverkehr sowie kulturelle Angebote wie Musikschulen, Bibliotheken oder Sportstätten zur Verfügung zu stellen.

In vielen stark überalterten Kommunen kommen die Interessen der Jugendlichen zu kurz. Damit muss Schluss sein. Es braucht Freiräume für junge Leute, etwa selbst organisierte Jugendklubs, Skateanlagen und legale Graffitiflächen. Die professionelle Jugendarbeit darf nicht dem Sparzwang zum Opfer fallen, die Mittel dafür im Landeshaushalt müssen erhöht werden. (S. 54-55)

Zentrales Anliegen unserer Sportpolitik ist es, den Vereinssport zu fördern. Dabei wollen wir besonders Vereine unterstützen, die Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung für Jugendliche organisieren oder Ganztagschulen dabei unterstützen, ihr Angebot auszuweiten. Vereine, die sich dem Behindertensport zugewandt haben, müssen ebenfalls besonders unterstützt werden. Die Nutzung von Sportstätten soll für Kinder und Jugendliche kostenlos sein. (S.87)

#JuLeiCa

-

#Kind

Wir kämpfen gegen Kinderarmut und deswegen für eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient und alle Kinder aus der Armut holt. Die jetzt durch die Bundesregierung beschlossene Kindergrundsicherung ist ein Etikettenschwindel, weil von ihrer ursprünglichen Zielsetzung nichts mehr übrig ist. [...] Schließlich fordern wir eine landesweite Berichterstattung zum Thema Kinder- und Jugendarmut. (S.45)

Kinder haben grundsätzlich ein Anrecht auf Schutz und Unterstützung. Um Kinderschutz sicherzustellen, gegen alle Formen von Gewalt gegen Kinder vorzugehen und Kinder und Jugendliche zu unterstützen, die von Gewalt betroffen sind, setzen wir uns dafür ein, solche Fälle kindzentriert und betroffenenensibel zu bearbeiten. Wir fordern Präventionsmaßnahmen, verbindliche Schutzkonzepte und einen Fokus auf das Kindeswohl. Jede Form von Gewalt gegen Kinder, ob verbal, physisch oder sexualisiert, muss bekämpft werden. Der Kinderschutz ist auf allen Ebenen zu stärken. Das Kindeswohl kann jedoch auch durch Armut gefährdet werden. Kinder, Jugendliche und ihre Familien benötigen stabile Lebensverhältnisse, um eigenverantwortlich über ihr Leben zu entscheiden und den Alltag erfolgreich zu meistern. Für uns sind daher Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut unerlässlich, auch um Kinderschutz und Kinderrechte zu verwirklichen. Um das kindliche Wohlergehen in familiären Notsituationen unterschiedlicher Art zu sichern, sind eine krisenfeste Kinder- und Jugendhilfe sowie teil- und vollstationäre Hilfen zur Erziehung wesentlich. Sie müssen dem Bedarf entsprechend ausgestattet und finanziert sein. Das Wegsperrern von Kindern und Jugendlichen war und ist keine Lösung. Wir lehnen es entschieden ab, die geschlossene Unterbringung wieder einzuführen. (S. 77)

#ÖPNV

Um das Leben in kleineren Städten und Dörfern wieder attraktiv zu machen, wollen wir den öffentlichen Nahverkehr ausbauen und Mindestbedienstandards einführen. Mittelfristig darf das Deutschlandticket nicht mehr als 29 Euro kosten und es muss sachsenweit als Sozialticket zum halben Preis angeboten werden. Schulkinder, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen. (S.31)

eigenes Kapitel: Mobilität und Verkehr (S. 47 ff.)

Wir stehen für eine sozial-ökologische Verkehrswende und eine staatlich gesicherte Mobilitätsgarantie. Die Haupttätigkeit des sächsischen Verkehrsministeriums in den letzten 10 Jahren beschränkte sich vor allem darin, Gelder des Bundes für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Radverkehr an die Kommunen weiterzugeben und sich für deren Verkehrspolitik nicht zuständig zu fühlen. Wir wollen endlich eine aktive Verkehrspolitik des Freistaats, die auf die Stärkung des ÖPNV und des Fuß- und Radverkehrs ausgerichtet ist. Dazu gehört neben der Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel auch politischer Gestaltungswille.



Der ÖPNV muss ausgebaut und attraktiver gemacht, der Güterverkehr stärker auf die Schiene verlagert werden. Wir wollen eine ÖPNV-Offensive in Sachsen starten, stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb nehmen und Mindestbedienstandards einführen. In jeder Gemeinde mit mehr als 500 Einwohner:innen soll mindestens im Zwei-Stunden-Takt, bei mehr als 5.000 mindestens jede Stunde und bei mehr als 10.000 mindestens alle 30 Minuten ein Bus jeden Ortsteil mit dem nächstgelegenen Bahnhof und dem Ortskern verbinden. Auch am Wochenende, in den Schulferien und in den Abendstunden muss es ein ausreichendes und zuverlässiges Angebot geben, damit auch Menschen ohne eigenes Auto überall mobil sein können. Dazu müssen alle Busse und Bahnen barrierefrei erreichbar sein. Zusätzlich wollen wir freies W-LAN in allen Zügen. Anrufbusse, die nach Wunsch und Bedarf verkehren (On-Demand-Verkehre), können insbesondere in ländlichen Regionen ein gutes ÖPNV-Angebot unterstützen. Solche Modelle, bei denen auch autonom fahrende Fahrzeuge zum Einsatz kommen können, werden wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort und in Verbindung mit Beschäftigungsgarantien zügig in den Regelverkehr überführen.

Wir fordern, dass der Preis des Deutschlandtickets fünf Jahre lang nicht steigt und dass es sachsenweit als Sozialticket zum halben Preis angeboten wird. Für Mobilität und soziale Teilhabe fordern wir ein bundesweites Senior:innenticket von monatlich 29 Euro. Schüler:innen, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen, mindestens jedoch auch ein vergünstigtes Deutschlandticket erwerben können. Wir wollen so schnell wie möglich einen kostenlosen ÖPNV für alle.

Mobilität ist entscheidend für eine inklusive Gesellschaft. Das Personenbeförderungsgesetz des Bundes gibt vor, bis zum Jahr 2022 einen barrierefreien Zugang zum ÖPNV zu schaffen. Dieses Ziel wurde in Sachsen deutlich verfehlt. Damit der ÖPNV von allen Menschen genutzt werden kann, muss dieser vollständig barrierefrei werden, was auch die Wege von und zu den Haltestellen einschließt. Barrierefreie Mobilität ist wesentliche Voraussetzung für eine uneingeschränkte Teilhabe am öffentlichen Leben, da sie den Zugang zu allen notwendigen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnen, Freizeit, Sport, Medien und sozialen Kontakten ermöglicht. Barrierefreie Mobilität bedeutet Lebensqualität und Selbstbestimmung. Besonders im Bereich des ÖPNV gibt es zahlreiche Mobilitätsbarrieren, von denen besonders Menschen mit Behinderungen betroffen sind und ihnen die selbständige Teilnahme und die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel erschweren bzw. sogar verhindern. Im Sinne einer barrierefreien Mobilität sind daher Wegeführungen notwendig, die allen Menschen das Erreichen ihres Ziels ermöglichen, z.B. durch durchgängige Blindenleitstreifen, ausreichend verfügbare und nutzbare Bordsteinabsenkungen, barrierefreie Fahrkartenautomaten oder auch rollstuhlgerechte PKW-Parkplätze.

Ein gutes ÖPNV-Angebot sicherzustellen, soll Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dazu sind sie mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. [...] Dazu werden wir als ersten Schritt die Sächsische Mobilitätsgesellschaft endlich gründen und mit entsprechenden Kompetenzen ausstatten, um eine breite Beschaffung von Fahrzeugen zu gewährleisten sowie eine Tarif- und Fahrplanharmonisierung über die bisherigen Verkehrsverbünde hinweg zu erreichen. Perspektivisch





wollen wir einen gemeinsamen mitteldeutschen Verkehrsverbund mit Sachsen Anhalt und Thüringen gründen. Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung der 1. Klasse in allen Zügen des sächsischen Nahverkehrs ein. Stattdessen können kostenfrei nutzbare Ruhe- oder Arbeitsabteile eingerichtet werden.

Wir werden die „Region der kurzen Wege“ zum Leitbild für Planung und Entwicklung machen und die Chancen der Digitalisierung zur Wegevermeidung nutzen. Wir wollen es möglich machen, dass unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst per Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Ob in der Stadt oder auf dem Dorf: Jeder Mensch in Sachsen soll die Möglichkeit haben, auf die Nutzung des PKWs zu verzichten. Daher wollen wir den Radverkehr in den Städten deutlich stärken und ein flächendeckendes Radwegenetz auch im ländlichen Raum errichten. Wir werden überregionale Radschnellwege sowie Radstationen und überdachte Radabstellanlagen an allen Bahnhöfen und Haltepunkten schaffen und damit ermöglichen, dass unvermeidbare Wege sachsenweit möglichst nachhaltig per Fahrrad, zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden können. Zudem wollen wir Maßnahmen zur Radverkehrssicherheit treffen, die unter anderem die Bereiche Diebstahlschutz, höhere Radwegequalität und Verkehrssicherheit umfassen. Dafür möchten wir nach Grazer Vorbild auch einen Fahrradzuschuss einführen, mit dem Familien für jedes Kind 250 Euro vom Freistaat bekommen, um den Kindern ein eigenes Fahrrad zu finanzieren. Desweiteren müssen Bikesharing Angebote staatlich unterstützt und nicht nur der gewerbliche, sondern auch der private Erwerb von Lastenrädern finanziell gefördert werden. Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr werden wir in ein neu strukturiertes Landesamt für nachhaltige Mobilität überführen, um den Schwerpunkt der Verkehrspolitik auf ökologisch nachhaltige Verkehrsträger zu lenken. Das Amt wird die Straßeninfrastruktur erhalten, den ÖPNV zentral organisieren sowie den Ausbau von Radverkehrsanlagen, sicheren Gehwegen und Fußverkehrszonen ermöglichen. Für diese müssen Planung und Bau deutlich beschleunigt werden, die dafür nötigen Stellen wollen wir schaffen. In der Verkehrsplanung muss der Fokus auf die Nahmobilität verschoben werden, um dem Rad- und Fußverkehr mehr Raum auf Sachsens Straßen zu geben, u.a. durch mehr Zebrastreifen oder auch mehr autofreie Stadtteile. Dabei unterstützen wir auch die interkommunale Zusammenarbeit sowie Pilotprojekte zur Stärkung von Rad- und Fußverkehr. Unser klares Ziel ist die „Vision Zero“, also 0 Verkehrstote im Fuß-, Rad- und Straßenverkehr!

Was die ländlichen Regionen brauchen, ist Anschluss. Das gilt zunächst für den Öffentlichen Fern- und Nahverkehr. Wir wollen den Menschen, die zur Arbeit pendeln oder Wege zu Schule und Ausbildung zurücklegen müssen, das Leben erleichtern. Deswegen treten wir für Mindestbedienstandards bei öffentlichen Verkehrsmitteln ein. Flexible Rufbusse und Carsharing könnten dieses Angebot insbesondere in kleineren Gemeinden sinnvoll ergänzen. In einer Pilotgemeinde könnten auch die Potenziale der Beförderung mit autonomen Fahrzeugen erprobt werden. Der Preis für das schon jetzt zu teure 49-Euro-Ticket darf keinesfalls noch weiter erhöht

 Das machen wir zum
Superwahljahr
Sachsen
2024

werden. Kinder, Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen sollen einen Rechtsanspruch auf kostenlose ÖPNV-Nutzung erhalten. (S.54)

#Wahlalter

Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss auf 16 Jahre gesenkt werden! Wir wollen Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung festschreiben. (S. 70)

Damit die Interessen der jungen Generation auch im Prozess der politischen Willensbildung stärker berücksichtigt werden, fordern wir: Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss in einem ersten Schritt auf 16 Jahre gesenkt werden! Langfristig setzen wir uns für die Einführung eines aktiven Wahlrechts aller Personen ohne Altersbeschränkung ein und führen diese Debatte mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Akteur:innen sowie im Parlament weiter fort. (S. 76)

Sorgen und Herausforderungen junger Menschen nach Trendstudie Jugend in Deutschland 2024 (alphabetisch)

#Migration

Wir stehen auch für Chancengleichheit für zugewanderte Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Dafür müssen ausländische Abschlüsse und auch praktische Berufserfahrungen schneller und einfacher anerkannt werden, um einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und eine qualifikationsadäquate Beschäftigung zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Bundesratsinitiative zur Übernahme der Anerkennungspartnerschaften auch für Geflüchtete. Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren, indem wir mehr Stellen für Arbeitsmarktmentor:innen schaffen und sie stärker fachlich spezialisieren. Der wichtigste Flaschenhals bei der Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen sind die Ausländerbehörden. Sie müssen endlich zu Ermöglichungsbehörden werden, auch hierauf kann der Freistaat wirken. Zur Integration gehört auch, dass alle Beschäftigten, auch solche die aus dem Ausland zugewandert sind oder Grenzpendler:innen sind, ihre Rechte kennen. Aus diesem Grund muss die mehrsprachige Beratung für ausländische Beschäftigte ausgebaut werden. (S. 12)

Besonders die traditionell eher männlich geprägten Handwerksbetriebe in Sachsen wollen wir durch gezielte Angebote dabei unterstützen, Ausbildungen und Beschäftigung auch für Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiver zu machen. (S. 16)

Jugendliche mit Migrationsgeschichte in ihrem Wunsch nach Ausbildung zu unterstützen, ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch ein Mittel, den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen. Dazu brauchen Unternehmen verlässliche Anlaufpunkte für die Beratung und Rechtssicherheit. Die jungen Migrant:innen müssen vor und während ihrer Ausbildung begleitet und unterstützt werden.

Dazu gehört auch Hilfe dabei, Fragen des Aufenthaltsrechts zu klären. Wir lehnen Abschiebungen generell ab. Menschen in Arbeit einen Schutz und eine Perspektive zu ermöglichen, verbessert die Integration. Zusätzliche Weiterbildungsangebote, besonders zum Erwerb der deutschen Sprache, sind unverzichtbar. Wir schlagen dazu vor, die Arbeitsmarktmentor:innen aufzuwerten und fachlich zu spezialisieren. Abschlüsse müssen schneller und einfacher anerkannt werden. (S. 64)

Die Linke bekennt sich klar zu Europa und zur europäischen Integration. Wir setzen uns für ein Europa der Regionen ein. Dazu muss der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union gestärkt werden. Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das Menschenrecht auf Asyl von der EU garantiert wird. Wir fordern die Auflösung von Frontex, da diese Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt. Wir sind gegen Grenzkontrollen. Den Jugendaustausch, die europapolitische Bildung und den Tschechisch- und Polnisch-Unterricht an sächsischen Schulen wollen wir ausbauen. (S. 71)

Sport bringt Menschen zusammen. Dieser inklusive Charakter des Sports muss gestärkt werden. Wir wollen, dass Menschen mit Migrationsgeschichte besser teilhaben können und Menschen mit Behinderungen weniger Barrieren vorfinden. Hierfür braucht es ein Sonderförderprogramm. Es kann die höheren Aufwendungen ausgleichen, die für Integration und Inklusion möglicherweise nötig werden. Durch integrative und interkulturelle Angebote können wir den Sport und das zugehörige Vereinsleben für Migrant:innen und Geflüchtete öffnen. Zugleich werden damit die lokalen Sport-, Kultur- und Bildungsstätten als wesentlicher Teil des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt. (S. 88)

eigenes Kapitel: Migration und Asyl (S. 92 ff.)

Auch in Sachsen ist Einwanderung längst gesellschaftliche Normalität. 11 % der Menschen in Sachsen sind eingewandert, ihr Anteil steigt. Wir wollen auch die politische Vertretung für diejenigen sein, die Migrations- oder Fluchterfahrung haben. Diese Menschen haben nach wie vor nicht die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, politische Mitbestimmung und Zugang zu Bildung und Beruf. Der Klimawandel und zahlreiche globale Krisen und Kriege sorgen dafür, dass Menschen in Sachsen Schutz suchen. Wir kämpfen entschieden dagegen, dass auf ihre Kosten Hass und Hetze verbreitet werden. Geflüchteten Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Pflicht. Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die sächsische Gesellschaft.

Wir wollen eine grundsätzliche Wende in der sächsischen Asyl- und Migrationspolitik: Sachsen soll ein offenes Land werden mit gleichen Rechten auf soziale Sicherung und gesellschaftliche Teilhabe für Eingewanderte.

Wir setzen uns dafür ein, den Familiennachzug über Landesaufnahmeprogramme zu unterstützen. Die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten soll die Regelunterbringung werden: Wir wollen die Pflicht, in Sammelunterbringungen zu leben, abschaffen und setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete in ganz Sachsen selbstbestimmt in eigenen Wohnungen leben können. Dabei muss der Grundsatz der freien Wohnortwahl gelten. Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen lehnen wir ab. Unbegleitete



minderjährige Geflüchtete sind dabei besonders schutzbedürftig und müssen kindeswohlgerecht aufgenommen, versorgt und betreut werden.

Wir setzen uns für eine Bleiberechts-offensive in Sachsen ein: Ermessensspielräume der zuständigen Behörden sollen genutzt werden, um geduldeten Menschen ein Bleiberecht zu gewähren. Allen Geflüchteten, die seit mindestens drei Jahren in Sachsen leben, soll ein Aufenthaltstitel erteilt werden. Abschiebehaft gehört abgeschafft, weil Flucht kein Verbrechen ist.

Auch Geflüchtete haben ein Recht auf gleichberechtigte Gesundheitsversorgung. Deshalb sollen sie vom ersten Tag an eine elektronische Gesundheitskarte mit dem gleichen Leistungsumfang wie für einheimische Empfänger:innen von Sozialleistungen erhalten. Die ungerechte Benachteiligung beim Sozialleistungsbezug im Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen. In der Geflüchtetensozialarbeit setzen wir uns für landesweit gleiche Standards ein. Dazu gehört ein Betreuungsschlüssel von 1 Sozialarbeiter:in zu 50 Schutzsuchenden, der vom Freistaat zu finanzieren ist.

Das von der sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht bei weitem nicht aus. Sachsen braucht ein echtes Teilhabegesetz. Seit vielen Jahren fordern wir ein modernes Integrations- und Teilhabegesetz. Bereits in der vergangenen Wahlperiode und zuletzt 2022 hat die Fraktion Die Linke im Sächsischen Landtag dazu Gesetzesentwürfe vorgelegt. Es muss die Integration zur verbindlichen kommunalen Aufgabe machen und sicherstellen, dass sie vom Land finanziert wird. Außerdem muss es regeln, dass Migrant:innen, die sich selbst organisieren, ebenso institutionell gefördert werden wie Asyl- und Perspektivberatungen, die Beratung von queeren Menschen mit Migrationshintergrund, die psychosozialer Beratung sowie die landesweite Sprachmittlung. Außerdem setzen wir uns für die auskömmliche, langfristige und barrierearme Förderung von Projekten zur Integration, für Begegnung und gegen Rassismus ein.

Wer in Sachsen lebt, muss auch politisch mitbestimmen können: Wir fordern daher auf kommunaler wie auch auf der Landesebene ein Wahlrecht für alle hier in Sachsen lebenden ausländischen Einwohner:innen nach zwei Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik. Bezahlkarten für Geflüchtete müssen diskriminierungsfrei und unter Beachtung des Datenschutzes umgesetzt werden.

#Inflation

Die letzte zaghafte BAföG-Erhöpfung wurde schon von der Inflation aufgeessen. Das BAföG muss an die Lebenswirklichkeit angepasst werden und die Ausbildung umfassend finanzieren. (S. 65)

#Klimawandel

Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder einseitig finanziell belastet. Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, in dem wir



sozial gerechte CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Mit einem sächsischen Klimawandelanpassungsgesetz wollen wir Anpassungsstrategien durchsetzen und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern. (S. 9)

eigenes Kapitel: Klima (S. 25 ff.)

In den vergangenen Jahren haben wir auch in Sachsen immer häufiger Unwetter, Überschwemmungen und Perioden extremer Hitze und Dürre erlebt. Den allermeisten Menschen ist klar: Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde, wenn wir ein lebenswertes Sachsen erhalten wollen. Allzu oft wird in diesem Zusammenhang behauptet, wir säßen alle im selben Boot. Tatsächlich herrscht auch in dieser Frage Ungleichheit: In Deutschland emittieren die reichsten 10 Prozent genauso viel Kohlendioxid wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Und der CO₂-Anteil der Reichen steigt weiter. Auch die Klimafolgen sind nicht gleich verteilt: Während sich die einen in ihrem Pool abkühlen, können sich andere in engen Wohnungen nicht vor der extremen Hitze schützen. Gerade für ältere Menschen ist das ein erhebliches Risiko. So wichtig Klimaschutzmaßnahmen sind – sie wirken sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich aus. Deshalb setzen wir uns für eine Klimapolitik ein, die Generationen- und Geschlechterfragen berücksichtigt.

Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder einseitig finanziell belastet. Die nötigen Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung müssen die Lebensqualität der großen Mehrheit der Bevölkerung verbessern und nicht verschlechtern.

Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte Klimaschutzmaßnahmen und CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Wir halten an dem Ziel des Pariser Klimaabkommens fest, die Erderwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen und das bis dahin verbliebene CO₂-Budget nicht zu überschreiten. Dazu müssen in allen Bereichen die Bemühungen um den Klimaschutz verstärkt werden, sei es im Energie- oder Verkehrsbereich, im Gebäudesektor, in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Wir wollen regelmäßig überprüfen, ob die Ziele eingehalten werden. Bei Verfehlungen müssen die Sektoren zu Sofortmaßnahme-programmen verpflichtet werden. Für die Überprüfung und Empfehlungen der Sofortmaßnahmenprogramme setzen wir einen Klimabeirat aus Klima-wissenschaftler:innen, NGOs und weiteren gesellschaftlichen Akteur:innen ein.

Wir spüren die Folgen der Erderhitzung schon heute: Immer häufiger erleben wir extreme Wetterereignisse wie Starkregen, aber auch Dürren und die mit ihnen verbundenen Ernteauffälle. Diesen Ereignissen müssen wir schon jetzt durch Klimaanpassung begegnen. Mit einem sächsischen Klimawandelanpassungsgesetz wollen wir Anpassungsstrategien für alle Sektoren verpflichtend festschreiben und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern. Wir verfolgen dabei eine „Vision Zero“: Kein Mensch darf mehr aufgrund von Klimafolgen sterben, etwa durch extreme Hitze oder Kälte. Um dieses Ziel zu erreichen, sind regelmäßige Risikoanalysen



unverzichtbar, die ermitteln, welche Gruppen oder Regionen besonders stark vom Klimawandel betroffen sein werden. Aus den Ergebnissen der Studien müssen Aktionspläne abgeleitet werden, um den negativen Folgen entgegenzuwirken. Um besser auf Extremwetterereignisse vorbereitet zu sein, wollen wir die Präventionsmaßnahmen erweitern und die Frühwarnsysteme verbessern. Auf europäischer Ebene wollen wir die Förderung für Maßnahmen zur Klimaanpassung erhöhen.

Gerade für ältere Menschen und die Jüngsten unter uns wird Hitzeschutz in den Städten dringend notwendig – dabei setzen wir auf den Ausbau von blau-grüner Infrastruktur: Fassadenbegrünung, Stadtumbau nach dem Motto „Bäume statt Beton“ und Wasserrückhaltmaßnahmen. Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, um sozial ungleich verteilte Umweltbelastungen gezielt zu reduzieren.

Wir stehen vor großen Umbrüchen, hervorgerufen durch den Klimawandel, den Ausstieg aus der fossilen Energie, den klimaneutralen Umbau der Industrie und der stetig fortschreitenden Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen. Die Ostdeutschen haben schon einmal eine rücksichtslose, neoliberale Transformation der Wirtschaft erlebt. Viele blicken deshalb auf Veränderungen mit Skepsis. Wir werden dafür sorgen, dass Menschen in Sachsen zu Gewinner:innen des Wandels werden. Sachsen hat hierfür die besten Voraussetzungen: eine große industrielle Tradition, renommierte Universitäten und bestens ausgebildete Beschäftigte. Sachsen hat das Potential zum Vorreiter in Deutschland zu werden. Dafür brauchen wir Offenheit für moderne Technologien, vielfältige Lebensformen und Menschen, die zu uns nach Sachsen kommen wollen, um mit uns an der Zukunft zu arbeiten. Auch deshalb ist eine starke Linke für Sachsen wichtig. (S. 29)

#Krieg #Wehrdienst

Auch wenn wir von Sachsen aus keine Außenpolitik betreiben können, setzen wir uns doch vor Ort für den Frieden und gegen Militarisation, Aufrüstung und Waffenexporte ein. In Zeiten, in denen in vielen Hauptstädten der Welt wieder Krieg zum legitimen Mittel der Politik erklärt wird, ist das dringend notwendig. Wir wollen, dass internationale Konflikte durch Verständigung und Ausgleich gelöst werden. Wir wehren uns dagegen, dass in Sachsen Waffen produziert werden und dass das Militär an unseren Schulen und Universitäten für den Kriegsdienst wirbt. (S. 8)

Die Linke ist seit jeher die Partei des Friedens. Wir sind gegen Krieg, Aufrüstung, Waffenexporte und Militarismus. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein. Die Wurzel der Kriege liegt in einer ungerechten Weltordnung, die beseitigt werden muss. Wir akzeptieren keine Doppelstandards. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge in den kurdisch besiedelten Gebieten. Bewegungen für Menschenrechte und Demokratie in aller Welt


Das machen wir zum
Superwahljahr
Sachsen
2024



wollen wir mit friedlichen Mitteln unterstützen. Wir sind dagegen, dass in Sachsen neue Waffen erfunden oder produziert, neue Bundeswehrstandorte gegründet oder an den Schulen und Hochschulen für den Kriegsdienst geworben wird. Stattdessen sollte Sachsen die internationale Zusammenarbeit fördern, etwa durch den Ausbau von Städtepartnerschaften. (S. 71)

eigenes Kapitel: Frieden (S. 94 ff.)

Jeder Mensch hat ein Recht auf Frieden. Dafür setzt sich Die Linke ein. Wir streiten für eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Freiheit, Würde und sozialer Sicherheit leben können. Im Sinne des Grundgesetzes ist der ‚Frieden der Welt‘ der höchste Wert, dem deutsche Politik verpflichtet sein muss. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist, und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es ist wichtig, dass die Waffen schweigen, aber im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein.

[...] Es gibt wieder Krieg in Europa. Putin hat den Befehl zu einem imperialistischen Angriffskrieg gegen die souveräne Ukraine gegeben. Wir verurteilen diesen Krieg entschieden, fordern einen sofortigen Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten und die Bestrafung aller Kriegsverbrecher.

[...] Wir haben Verständnis für die Sorge vieler Menschen, dass sich der Krieg zu einem neuen Weltenbrand auswachsen könnte, zumal es auf der Welt auch noch andere Kriegsherde gibt. Wir halten es deswegen für richtig und notwendig, die kriegerischen Handlungen durch Diplomatie zu beenden. Die Waffen müssen schweigen und Verhandlungen beginnen.

[...] Wir akzeptieren keine Doppelstandards in Fragen von Krieg, Terror und Gewalt. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge gegen die Kurdinnen und Kurden. Jüngst haben die Terrorangriffe und Geiselnahmen der Hamas vom 7. Oktober gegen die israelische Zivilbevölkerung zu einer weiteren Eskalation der Gewalt im nahen Osten geführt. Die militärische Antwort der israelischen Armee führt unter Inkaufnahme zahlreicher Kriegsverbrechen zur Vertreibung von ca. 1,9 Millionen Menschen im Gazastreifen und einer humanitären Notlage unter der dort lebenden Zivilbevölkerung. Dieses Vorgehen der israelischen Armee ist klar zu verurteilen. Die Linke steht seit jeher konsequent an der Seite derer, die sich für Frieden, Waffenstillstände und Diplomatie einsetzen. Wir sind der Wahrung elementarer Menschenrechte verpflichtet. Das bedeutet, dass es uns auch in der Bewertung von bewaffneten Konflikten und Kriegen nie um Ethnien, Religionen oder Herkunft geht, sondern immer um Menschen, deren Gleichheit, Freiheit und Unversehrtheit unser oberstes Ziel ist. Wir treten gegen Aufrüstung und Waffenexporte ein. Denn die Produktion und der Export von Waffen, die Jahr für Jahr ausgefeilter und zerstörerischer werden, führen zum Tod von Menschen und zerstören deren Lebensgrundlagen.

 Das machen wir zum
Superwahljahr
Sachsen
2024



[...] Wir wollen nicht, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr an staatlichen Schulen für Kriegseinsätze werben dürfen. Wir wollen, dass die Bundeswehr beim „Tag der Sachsen“ keine Präsentationsflächen mehr zur Verfügung gestellt bekommt.

#mentale Gesundheit

Wir wollen auch die psychosoziale und psychiatrische Versorgung verbessern. Die Zahl der psychischen Erkrankungen ist in den vergangenen Jahren auch in Sachsen stark gestiegen – die Zahl der Therapieplätze aber nicht. Psychische Erkrankungen sind nicht nur ein individuelles, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Sie werden durch prekäre und überlastende Arbeitsverhältnisse, Armut, Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen verstärkt. Auch die gesamte Gesellschaft leidet, wenn Menschen dauerhaft krank werden und nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeiten können – gerade in sozialen Berufen, wo die psychische Belastung besonders hoch ist. Obwohl Prävention sowie frühzeitige Intervention und Behandlung wichtig sind, um komplizierte Krankheitsverläufe zu verhindern, warten Betroffene oft lange auf einen kassenärztlichen Behandlungs- oder Therapieplatz, besonders im ländlichen Raum. Der Dritte Landespsychiatrieplan soll schnellstmöglich erscheinen und auch Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben, etwa auf die Fragen, wie die Folgen der Corona-Pandemie bewältigt und Geflüchtete versorgt werden können. Wir setzen uns für eine gewaltfreie, gemeindenahere psychiatrische und psychosoziale Versorgung und eine funktionierende Krisenintervention ein. Zur besseren Koordination wollen wir eine „Landesfachstelle Sozial- /Gemeindepsychiatrie“ einsetzen. Innovative Behandlungskonzepte sollen mit Modellprojekten gefördert werden. Wir möchten, dass Genesungsbegleiter:innen während der Behandlung eine größere Rolle spielen. Ihre Ausbildung wollen wir vorantreiben und finanziell absichern. (S. 38)

#Rechtsextremismus

Die Linke setzt sich konsequent gegen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere menschenfeindliche Einstellungen ein. Wir wollen den Antifaschismus als Staatsziel in der Sächsischen Verfassung festschreiben. Wir unterstützen alle Projekte gegen Rassismus und Faschismus, so etwa das Programm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“. Wir wollen rechte Gewalt verhindern und konsequent bestrafen. Die rechte Szene muss entwaffnet werden! Wir unterstützen die Errichtung eines Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU). (S. 69)

Ein offenes Land mit freien Menschen schützt sich vor den Gegner:innen von Demokratie und Republik. Daher muss die entschlossene Auseinandersetzung mit der extremen Rechten, antidemokratischen Strukturen, menschenfeindlichen Strömungen und rassistischen Bestrebungen ein permanentes Ziel staatlicher Politik im Freistaat Sachsen sein. Dies gewährleistet eine Antifaschismus-Klausel in der Sächsischen Verfassung. Sie verpflichtet alle staatlichen

 Das machen wir zum
Superwahljahr
Sachsen
2024

Institutionen daran mitzuwirken, die extreme Rechte zurückzudrängen. Insbesondere die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten muss durch alle Möglichkeiten, die dem Staat zur Verfügung stehen, bekämpft werden. (S.73)

Das von der Staatsregierung aufgelegte „Gesamtkonzept gegen Rechtsextremismus“ muss beibehalten, mit der Hilfe von Expertisen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stetig fortentwickelt und in gemeinsamer Verantwortung mit den Kommunen umgesetzt werden. Dabei kommt es entscheidend auf die bessere Kooperation aller Beteiligten an. (S.73)

Die Gefahr durch die extreme Rechte sowie durch Verschwörungsideologien sowie rassistische und menschenfeindliche Ideologien ist ungebrochen. Wir fordern, dass die Behörden und die Polizei die Menschen vor diesen Gefahren schützen, statt radikal rechte Akteur:innen machen zu lassen, was sie wollen. Die rechte Szene muss entwaffnet werden! Rechte, rassistische und antisemitische Täter:innen müssen endlich den Druck der Verfolgung spüren. Polizei und Justiz müssen im Kampf gegen rechte Gewalt wirksamer werden. (S.74)

Wir halten es für nötig, die erfahrenen, langjährigen Träger der Beratungsnetzwerke (Opferberatung sowie mobile Beratung), die vielfältige Kontakte in den sächsischen Regionen haben, kontinuierlich weiter zu fördern und stärker zu institutionalisieren. Außerdem muss die Landesregierung die Kommunen dabei unterstützen, Nazikonzerte, extrem rechte Demonstrationen und Häuserkäufe durch rechte Gruppen oder Personen zu verhindern. (S.74)

#Rente #Altersarmut

Angesichts der Teuerung fordern wir eine Erhöhung des Mindestlohns auf 15 Euro. Diese würde auch Altersarmut verhindern und entspricht der Mindestlohnrichtlinie, die von der Europäischen Union beschlossen wurde. (S. 10)

Gegen den Widerstand der Linksfraktion im Sächsischen Landtag hat die Landesregierung es abgelehnt, dem „Härtefallfonds“ für Rentner:innen beizutreten, deren Ansprüche durch das Rentenunrecht der Vereinigung missachtet worden sind. Wir kämpfen dafür, nicht nur bei Härtefällen zu helfen, sondern einen Gerechtigkeitsfonds für alle Betroffenen aufzulegen, der das Rentenunrecht endlich vollständig ausgleicht. Wegen der niedrigen Löhne droht in Sachsen besonders vielen Menschen die Altersarmut. Wir fordern eine Mindestrente von 1200 Euro, um allen ein würdiges Leben zu ermöglichen. (S. 29)

eigener Abschnitt: Rente (S. 40 ff.)

Der von der Bundesregierung etablierte Härtefallfonds ist ein erster Schritt der Wiedergutmachung, aber ein unzureichender. Viel zu wenige Anspruchsberechtigte werden anerkannt und entschädigt. Es ist ein Skandal, dass die sächsische Staatsregierung nicht einmal diesem Härtefallfonds beigetreten ist. Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen dem Fonds beiträgt und die



Entschädigungssumme mindestens verdoppelt wird. Darüber hinaus kämpfen wir weiter für die Entschädigung aller Betroffenen durch einen Gerechtigkeitsfonds. Solange der Osten Niedriglohnland ist und die Lohnunterschiede zwischen Ost und West noch groß sind, muss die Hochrechnung der Ostgehälter in der Rente erhalten bleiben. Die bisherige Umrechnung der ostdeutschen Löhne bei der Rentenberechnung muss also so lange in Kraft bleiben und angewendet werden, bis die Löhne in den ostdeutschen Bundesländern das entsprechende Niveau der westdeutschen Bundesländer erreicht haben. Generell setzen wir uns für die Hochrechnung von Gehältern im Niedriglohnbereich in der Rente ein, unabhängig davon, ob die Beschäftigten aus dem Osten oder dem Westen kommen.

Auf Bundesebene setzen wir uns für eine sofortige Erhöhung des Rentenniveaus auf 53% des Durchschnittseinkommens ein. Das Renteneintrittsalter wollen wir absenken: auf 65 Jahre bzw. 60 Jahre nach 40 Beitragsjahren. Erhöhungen des Renteneintrittsalters sind nichts anderes als verdeckte Rentenkürzungen – wir lehnen sie ab! Wir wollen eine Solidarische Mindestrente in Höhe von 1200 Euro monatlich. Um dies zu finanzieren, wollen wir die Rentenversicherung reformieren: Wir brauchen eine Solidarische Rentenversicherung, die auch Beamt:innen, Politiker:innen und Selbstständige einbezieht. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf 10.000 Euro monatlich erhöht werden. Sehr hohe Rentenansprüche über dem Doppelten des Durchschnittsniveaus sollen abgeflacht werden. Die Doppelbesteuerung der Renten soll abgeschafft werden.

Wir fordern außerdem Rentenpunkte als Anerkennung für diesen außergewöhnlichen Dienst an der Gesellschaft. (S. 52)

#Wohnen

eigener Abschnitt: Wohnen (S. 45 ff.)

Sachsen braucht eine Offensive für den Sozialen Wohnungsbau. Denn gerade in den Großstädten ist es in den vergangenen Jahren immer schwieriger geworden, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir fordern mehr Landesmittel und eine Reform der Förderbedingungen: Die Förderung muss an die gestiegenen Baukosten und die Zuschüsse an die reale Angebotsmietföhe angepasst werden. Mietpreis- und Belegungsbindungslaufzeiten müssen verlängert werden. Wir setzen uns für Modellprojekte mit dauerhaften Bindungen ein: Eine Sozialwohnung muss möglichst lange und am besten für immer eine Sozialwohnung bleiben. Beim Bau von Sozialwohnungen sollen besonders öffentliche und gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gefördert werden.

[...] Aber nur durch die Vergesellschaftung von profitorientierten Wohnungsunternehmen kann bezahlbares Wohnen nachhaltig für alle erreicht werden. Wir setzen uns daher für ein Vergesellschaftungsgesetz nach dem Vorbild der Berliner Kampagne "Deutsche Wohnen und Co. enteignen!" ein. Ziel ist dabei die Etablierung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, welche die Wohnraumorganisation übernimmt.





[...] Wir wollen Menschen vor explodierenden Mieten schützen – alle Möglichkeiten dazu müssen genutzt werden. Wir wollen eine wirksame Mietpreisbremse einführen, den Kündigungsschutz bei Eigenbedarfskündigungen verlängern und es verbieten, dass Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Bis dahin braucht es einen Mietstopp, welcher Härtefälle bei Kleinvermieter:innen und gemeinnütziger Wohnungswirtschaft berücksichtigt. Außerdem fordern wir ein striktes Zweckentfremdungsverbot von Mietwohnungen: Es muss Schluss sein damit, dass sie als Ferienwohnungen oder anderweitig gewerblich missbraucht werden oder aus Gründen der Spekulation leer stehen.

[...] Wir setzen uns für die staatliche Unterstützung des Azubi-Wohnens ein. Arbeits- und Fachkräfte lassen sich nur gewinnen, wenn sie ausreichend mit Wohnraum versorgt werden. Wir wollen die Schaffung eines landesweiten Ausbildungswerkes prüfen, das auch als Träger von AzubiWohnformen fungieren soll. Mittel aus dem Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ sollen verwendet werden, um Azubi-Wohnheime zu errichten. An ihrem Betrieb sollen sich Land, Kommunen und Unternehmen finanziell beteiligen.

Es gibt aber auch Probleme, die besonders die Großstädte betreffen. Drängend sind hier der Wohnungsmangel und die immer schneller steigenden Mieten, die gerade für Studierende und andere Menschen mit geringem Einkommen das Leben unbezahlbar machen. In ihrem Interesse werden wir weiter dafür kämpfen, einen wirksamen Mietendeckel durchzusetzen, profitgierige Immobilienkonzerne zu vergesellschaften und eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu gründen, um endlich einen sozialen Wohnungsbau in großem Umfang zu organisieren, der günstigen Wohnraum schafft. Dem weiteren Wachsen der Städte ins Umland, ziehen wir, wo möglich, die Entwicklung der Stadtzentren und zentrumsnahen Gebiete vor. Damit wollen wir dafür sorgen, dass die Kernstädte zum Arbeiten, Einkaufen und Leben attraktiv bleiben, statt weiter vorrangig Einkaufszentren, Gewerbegebiete und neue Wohnsiedlungen auf die „grüne Wiese“ zu bauen. (S.55)



Das machen wir zum
Superwahljahr
Sachsen
2024